

Der Eisenacher Stadtrat stimmte in seiner letzten Sitzung vor den Kommunalwahlen mit großer Mehrheit für eine Feststellung der Finanzierbarkeit einer Dreifelderhalle über Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP) am Petersberg durch die Kommunalaufsichtsbehörde. Ein inzwischen erstelltes Gutachten soll die Sicherheitsgarantie geben, dass eine private Finanzierung der richtige Weg ist, um schnell und effizient dieses Vorhaben zu realisieren.

Seit einigen Jahren haben die Rechnungshöfe von Bund und Ländern sowie Wirtschaftsinstitute, Hochschulen und die Medien ÖPP-Projekte genauer unter die Lupe genommen. In einem 81 Seiten umfassenden Bericht des Bundesrechnungshofes resümiert der Präsident dieser Einrichtung: „öffentlich-private Projekte (ÖPP) werden für den Staat im Endeffekt nicht billiger, sondern teurer.“ Die Wirtschaftlichkeitsprüfungen von ÖPP-Projekten wurden folgendermaßen zusammengefasst: „Die Effizienzvorteile seien häufig zu hoch ermittelt oder nicht schlüssig nachgewiesen.“ Mit anderen Worten: Es wird künstlich billig gerechnet, was am Ende viel teurer kommt. Unzählige Beispiele in der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern beweisen das inzwischen.

Bemerkenswert ist dabei, dass die Wirtschaftlichkeitsgutachten nicht etwa von unabhängigen Einrichtungen erstellt werden, sondern von privaten Beratern im Auftrag der ÖPP. Der Interessenkonflikt ist damit offenkundig. „Ein Berater, der zu dem Ergebnis käme, ÖPP sei unwirtschaftlich, würde sein eigenes Geschäftsmodell unterminieren“, so Prof. H. Mühlenkamp von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften, Speyer. Die ÖPP-Verträge unterliegen der absoluten Geheimhaltung, d.h. die Öffentlichkeit und selbst die Abgeordneten der Parlamente haben keinen Zugang. Bei diesen Finanzgeschäften wird also die parlamentarische Kontrolle ausgeschaltet. ÖPP-Projekte sind inzwischen für die großen Investmentbanken und die Baukonzerne ein äußerst lukratives und sicheres Geschäft. Dieses Instrument der Öffentlich-Privaten-Partnerschaft entlockt dem klammen Staat trotz Schuldenbremse und Haushaltssperren Aufträge, um Milliarden zu leihen. Im Gegenzug erhält ÖPP hohe Renditegarantien und das über Laufzeiten bis zu 30 Jahren.

In der ARD/Arte-Sendung vom 11.02.2014 „Der geplünderte Staat - geheime Geschäfte von Politik und Wirtschaft“ wurde gezeigt, wer am Ende bezahlt. Es geht um den staatlichen Ausverkauf, um folgenschwere Milliardengeschäfte und darum, wie Politiker unterschiedlich motiviert mit ÖPP die Zukunftsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden verspielen. In Frankreich hat man inzwischen ÖPP-Projekten im öffentlichen Bereich einen gesetzlichen Riegel vorgeschoben.

Was das Eisenacher Vorhaben des Baus einer Dreifelderhalle betrifft, sollte hinterfragt werden, wer das Gutachten beauftragte, ausführte und finanziert. Es stellt sich außerdem die Frage, wie viele privat finanzierte, bereits realisierte Vorhaben unsere Stadt derzeit finanziell belasten? Sollte nicht auch öffentlich dargestellt werden, an welcher Stelle eine Dreifelderhalle in der Dringlichkeitsliste der Stadt steht? Dass dafür sanierungsbedürftige Schulsporthallen geschlossen werden sollen, gleicht einer Mogelpackung, denn es ist logistisch nicht möglich, Kinder innerhalb der Unterrichtsabläufe aus verschiedenen Stadtteilen an den Petersberg zum Sportunterricht zu schicken. Es ist hinlänglich bekannt, dass das Projekt Dreifelderhalle nach dem Scheitern des Bürgerbegehrens zur Petersbergschule schon bereit lag und auch bezahlt wurde. Die Stadträte aller Parteien sind gefragt, dieses geplante ÖPP-Projekt einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen, um zu verhindern, dass durch neue Schulden unsere Stadt auf einen langen, kaum überschaubaren Zeitraum in eine noch größere Zwangslage gerät.